

Landtagspost



Helmut Dammann-Tamke
Kai Seefried

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion



Ausgabe Nr. 52

August 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

heute schreibt Ihnen Helmut Dammann-Tamke:

im Gegensatz zum Bund und anderen Ländern, wo man noch Mitten in der Sommerpause steckt, läuft die politische „Maschinerie“ in Hannover bereits wieder auf Hochtouren. Das Thema während des August-Plenums mit der höchsten politischen Brisanz war sicherlich der Vorwurf in Richtung unserer Landwirtschaftsministerin Grotelüschchen in Bezug auf tierschutzwidrige Haltungsbedingungen in Putenställen. In meinen Augen ist dieses ein Musterbeispiel für die weit verbreitete Meinung, dass Politik ein schmutziges Geschäft sei.

Um nicht missverstanden zu werden: Tierschutz ist ein hohes Gut und deshalb hat es als Staatsziel Niederschlag im Grundgesetz gefunden. Doch einiges in diesem „Fall“ stimmt sehr nachdenklich.

Eine Tierschutz- und Tierrechtsorganisation (Peta) fertigt nach eigener Aussage Filmmaterial im April und Juli, wo aus den Bildern völlig klar hervorgeht, dass mindestens 1 Tier unter elenden Bedingungen, verletzt, einen Todeskampf führt. Ich frage mich, warum ausführliche Filmaufnahmen gemacht werden und dann nicht parallel Anzeige erstattet wird, die Polizei angefordert wird, das für den Tierschutz zuständige Kreisveterinäramt unmittelbar eingeschaltet wird, damit offensichtlich tierschutzwidrige Haltungsbedingungen und Tierleid sofort und unverzüglich abgestellt werden. An dieser Stelle ist auch die Frage berechtigt, was ist mit dem Tier aus der Großaufnahme passiert – hat man es in Ruhe sterben lassen (elendig krepieren) oder ist ein Tierarzt hinzugezogen worden bzw. eine kundige Person, die dieses Tier schnellstmöglich tötet, um es von seinen Leiden zu befreien.

Das sind meiner Auffassung nach Fragen, die sich eine Organisation, welche sich dem Tierschutz verpflichtet fühlt bzw. die handelnden Akteure ernsthaft stellen müssen. In diesem Fall wurde das gezeigte Leid der Tiere offensichtlich über weitere 3 Monate (April – Juli) stillschweigend weiter hingenommen, um am Ende einer 100-Tage-Schonfrist eine Landwirtschaftsministerin aus einem benachbarten Bundesland, die vor ihrer Verantwortung als Ministerin in der entsprechenden Vermarktungserzeuger-Gesellschaft tätig war, mit den tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen in Verbindung zu bringen.

Das Drehbuch, welches dann im „parlamentarischen Geschäft“ abläuft, ist prinzipiell immer das Gleiche:

1. Vorwürfe werden erhoben.
2. Der/die Betroffenen müssen sich dazu äußern.
3. Die gemachten Äußerungen und Aussagen werden relativiert, aus dem Zusammenhang gerissen und in Zweifel gezogen.
4. Die Glaubwürdigkeit der Beschuldigten wird öffentlich in Zweifel gezogen, das Ganze eskaliert in dem Vorwurf, die Unwahrheit zu sagen, bzw. zu lügen.
5. Rücktrittsforderungen werden erhoben.

Am Ende geht es wie in diesem Fall nur noch am Rande um Tierschutz. Grüne besetzen das Thema, weil sie jede Form von Intensivtierhaltung ablehnen. Die Linke fährt auf das Thema ab, weil es so populistisch ist, ohne ihrer eigenen Klientel zu sagen, dass eine andere Form von Tierhaltung zu teureren Lebensmitteln führt und deshalb ganz besonders einkommensschwächere Bevölkerungsschichten treffen würde. Und die Sozialdemokraten wissen sehr genau, dass die Ernährungswirtschaft in Niedersachsen der zweitwichtigste Wirtschaftszweig ist, mit einer enormen Bedeutung insbesondere in Bezug auf Arbeitsplätze. Ihnen ist daran gelegen, eine Ministerin / einen Minister aus dem Kabinett zu Fall zu bringen.

All das führt zu einer Situation, wo seitens der Opposition der Zweck nahezu jedes Mittel heiligt. Menschliche Rücksichtnahme wird man in dieser politischen Debatte vergeblich suchen.

Ihre/Eure

Kai Seefried

In dieser Ausgabe

- August-Sitzung des Landtages
- CDU-Fraktion steht hinter der neuen Kommunalverfassung
- Brandschutz auch in Zukunft sicherstellen
- Neues Hundegesetz
- Verwaltungsreform III
- Personen und Positionen
- 20 Millionen Euro für Weiterbildung
- Niedersachsen bei Bildung im Mittelfeld
- Althusmann beruhigt Eltern
- Doppelter Abiturjahrgang
- Google-Street-View:
- Eigenkapital
- Geringe Arbeitslosigkeit
- Praktikum bei Kai Seefried
- Maritime Wirtschaft in Niedersachsen steht gut da
- Hamburg muss Zusagen zur A26 einhalten
- Bau des Staatsarchivs abgesichert
- Aus dem Leineschloss
- Gespräche und Initiativen für die Region
- Hier können Sie uns treffen
- Zum Schluss

Bürgertelefon

- 20. September 2010
- 10 Uhr bis 12 Uhr
- Tel.: 04141 5186-0

August-Sitzung des Landtages

Der Niedersächsische Landtag kam im August zu einer dreitägigen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand am ersten Sitzungstag eine Reihe von Gesetzesanträgen, die bis auf einen Änderungsvorschlag zum Schulgesetz, der von den Regierungsfractionen von CDU und FDP eingebracht wurde, allesamt aus den Oppositionsreihen kamen. Ein Entwurf der Linken zur Änderung des Feiertagsgesetzes, mit der der 8. März als Frauentag und der 20. September als Kindertag zum Feiertag erklärt werden sollten, war in der Ausschussberatung bereits gescheitert und wurde abgelehnt. Ähnliches galt für zwei Änderungsentwürfe zur Geschäftsordnung des Landtags von den Grünen und der SPD-Fraktion. Neu eingebracht wurde von der SPD eine Gesetzesänderung zum Großraum Braunschweig, der dem Zweckverband zusätzliche Aufgaben übertragen soll, ein Gesetz zur Herstellung des Rechtsanspruchs auf inklusive Beschulung, das mit einem entsprechenden Entschließungsantrag ergänzt wurde, sowie eine Änderung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes. Die Grünen legten einen Entwurf zur Änderung der Landesverfassung und des Landeswahlgesetzes vor, mit denen Abgeordnete kein Regierungsamt mehr wahrnehmen dürften. Am Mittwoch stand u.a. die Besprechung von zwei Großen Anfragen auf der Tagesordnung: Die Grünen thematisierten den Meeresschutz in Niedersachsen (Nordsee sauber halten, Schadstoffbelastung der Nordsee senken) mit drei Themenblöcken und insgesamt 52 Fragen und die SPD die Situation und Perspektiven der Museen in Niedersachsen mit neun Themenblöcken und exakt 100 Fragen. Zudem hatten die Regierungsfractionen sowie die Oppositionsfractionen jeweils zwei weitere neue Entschließungsanträge eingebracht. CDU und FDP wollten über den freien Elternwillen sowie über Schulsozialarbeit sprechen, die SPD über die Priorität für Erdverkabelung in Niedersachsen und über den Missbrauch der Leiharbeit, die Grünen über den Schutz von Bienen und die Leukämie in der Elbmarsch, die Linken über Jugendarbeitslosigkeit und ein Moratorium für das ÖPP-Projekt der geplanten Justizvollzugsanstalt Bremervörde.

(aus Rundblick Nr. 147, 16.08.2010)

CDU-Fraktion steht hinter der neuen Kommunalverfassung

Das neue Kommunalverfassungsrecht, das sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindet und zu dem an diesem Mittwoch im Landtag eine Anhörung stattfindet, stand am Dienstagabend im Mittelpunkt einer kommunalpolitischen Tagung der CDU-Landtagsfraktion. Fraktionschef Björn Thümler würdigte dabei als zentrale Botschaften des Regelwerks die zusätzlichen Kompetenzen für ehrenamtliche

Räte sowie die Reduzierung der Rechtsvorschriften für die kommunalpolitische Arbeit durch die Zusammenführung von vier Kommunalverfassungsgesetzen, darunter die Gemeinde- und Landkreisordnung, zu einem Gesetz. Die Zahl der Rechtsnormen sei damit von 345 auf 179 Paragraphen vermindert worden, betonte Thümler. Als Beispiele für die neuen Zuständigkeiten der Räte nannte er den Vorsitz des Rates durch ein ehrenamtliches Mitglied, das Recht der Ortsräte, Straßen und Plätze in ihren Ortschaften benennen bzw. umbenennen zu können, und budgetierte Haushaltsmittel, die die Räte unter bestimmten Voraussetzungen erhalten können.

(aus Rundblick Nr. 154, 25.08.2010)

Brandschutz auch in Zukunft sicherstellen

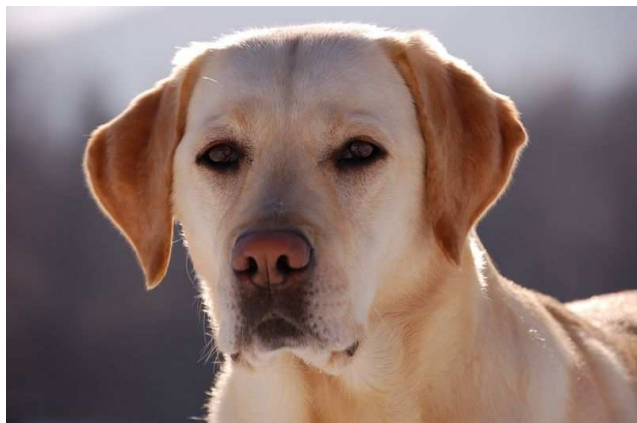


Innenminister Uwe Schünemann hat am Montag ein umfassendes Konzept vorgestellt, das die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Niedersachsen und damit die Sicherheit der Bevölkerung in den kommenden vier Jahrzehnten gewährleisten soll. Der demografische Wandel und die zunehmenden Probleme ehrenamtlicher Brandbekämpfer mit der Freistellung vom Arbeitsplatz waren die Ausgangspunkte für einen zwei Jahre währenden Diskussionsprozess, der jetzt in einen Abschlussbericht gemündet ist. Unter der Maßgabe „Agieren können, statt reagieren müssen“ hat eine Projektgruppe unter Leitung von Landesbranddirektor Jörg Schallhorn sechs Handlungsfelder sowie konkrete Vorschläge erarbeitet, die jetzt gemeinsam mit Politik und Wirtschaft, mit den kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften, Feuerwehrangehörigen und Organisationen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr nach regionalen Bedürfnissen umgesetzt werden sollen. Nach Prognosen des Landesbetriebs für Statistik wird die Bevölkerung des Landes bis zum Jahr 2050 um bis zu 20 Prozent, die Zahl der unter 20-Jährigen um knapp 40 Prozent und die der Erwerbstätigen um etwa 30 Prozent abnehmen. Gleichzeitig werden die Anforderungen an den Brandschutz durch die fortschreitende Technisierung steigen, aber auch durch den wachsenden Anteil alleinlebender älterer Menschen. Zur Sicherstellung von flächendeckenden, einheitlichen

Sicherheitsstandards wird das Innenministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesfeuerwehrverband einen Leitfaden zur Brandschutzbedarfsplanung für die Träger der Feuerwehr, die Gemeinden, erarbeiten. Zur Förderung des Ehrenamtes ist ein Maßnahmenbündel geplant: Anpassung des organisatorischen und rechtlichen Rahmens im Landesbrandschutzgesetz an aktuelle Herausforderungen, die beidseitige Anerkennung der in Beruf und Feuerwehr erworbenen Qualifikationen – etwa als Sicherheits-, Brand- oder Gefahrengutbeauftragter, eine Chipkarte als attraktiver Berechtigungsausweis, die Stiftung von Feuerwehrabzeichen des Landes sowie ein Art Handbuch für die Werbung Ehrenamtlicher. Die qualitativ hohe Aus- und Fortbildung will das Land durch den Erhalt der beiden zentralen Schulen in Celle und Loy sichern; die Bildungsangebote sollen noch bedarfs- und praxisorientierter werden, der Standort Loy wird ausgebaut. Eltern, Kindergärten und Schulen sollen in die Nachwuchswerbung einbezogen werden, um insbesondere Mädchen anzulocken. Kultursensible Werbekonzepte und Kampagnen sowie die enge Kooperation mit den entsprechenden Verbänden sollen die Feuerwehr auch für Migranten attraktiv machen.

(aus Rundblick Nr. 143, 10.08.2010)

Neues Hundegesetz wird zum Jahresende kommen



Am Dienstag, den 24.08.2010 ist auf Vorschlag von Landwirtschaftsministerin Grotelüschen das neue Hundegesetz ins Kabinett eingebracht worden. Es soll jetzt zur Verbandsanhörung gehen und im Herbst vom Plenum beschlossen werden.

Die Novelle des Gesetzes über das Halten von Hunden beinhaltet die Kennzeichnungspflicht per eingepflanzten Chip für Hunde, die älter als 6 Monate sind und die Einführung eines zentralen Registers zur Archivierung/Identifizierung der Chips. Des Weiteren wird jeder Hundebesitzer dazu verpflichtet, seinen Hund Haftpflicht zu versichern. Darüber hinaus ist der Nachweise einer Sachkundeprüfung notwendig, wenn der Halter nicht über mindestens 2 Jahre Erfahrungen in der Hundehaltung verfügt, einen Jagdschein besitzt, Tierheimbetreiber oder Tierarzt ist

oder einen Blinden-, Dienst- oder Behindertenbegleithund führt. Die somit erhöhten Kosten für den Hundehalten belaufen sich somit auf ca. 50 € für die Chipkennzeichnung, Haftpflichtversicherung zwischen 50 und 150 € sowie den Sachkundenachweis (hier gibt es jedoch noch keine genauen Informationen wie und von wem dieser abgenommen werden soll – somit ist auch die Kostenfrage noch ungeklärt, lt. Ministerium sollen sie sich auf ca. 200 Euro belaufen). Auch auf die öffentlichen Haushalte der Kommunen kommen Kosten für die Einführung eines Hunderegisters zu, die durch eine Anschubfinanzierung des Landes Niedersachsen in Höhe von 150.000 € bereitgestellt werden.

Verwaltungsreform III: 1900 Stellen fallen weg

Die Niedersächsische Landesregierung setzt ihren Kurs der Verwaltungsmodernisierung und der Haushaltskonsolidierung im Personalbereich fort. In den Jahren 2011 bis 2015 werden weitere rund 1900 Verwaltungsstellen abgebaut. Mit Blick auf entsprechende Forderungen des Landesrechnungshofs werde damit eine Punktlandung erreicht. Im Ergebnis werde die Einsparvorgabe von 1500 Stellen aus dem Januar für die dritte Phase der Verwaltungsmodernisierung deutlich übertroffen, teilte Ministerpräsident David McAllister am Montag nach der Haushaltsklausur des Kabinetts in Hannover mit. In den vergangenen sechs Jahren wurden bereits fast 7000 Stellen abgebaut. Der Rückgang der Bevölkerung mache einen Abbau von Landespersonal erforderlich. Bereits jetzt sei die Vermessungs- und Katasterverwaltung in besonderer Weise betroffen, betonte Innenminister Uwe Schünemann. Nur noch wenige Kommunen in Niedersachsen wiesen neue Baugebiete aus. Insgesamt werde die Zahl der Interessenten für den Bau von Eigenheimen in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren um bis zu einem Drittel zurückgehen. Vor diesem Hintergrund werde mit einem Landesamt für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) bereits jetzt eine langfristig tragfähige Struktur für eine kontinuierlich schrumpfende Fachverwaltung geschaffen. Schünemann und Agrarministerin Astrid Grotelüschen sind sich offenbar einig, dass die 14 bisher eigenständigen Behörden unter dem Dach eines Landesamtes in ihren Aufgaben gestärkt werden. Das Landesamt GLL bedeute eine Stärkung der Fachaufgaben und des ländlichen Raums. Die Ämter für Landentwicklung blieben als Teil der GLL mit ihren Zuständigkeiten für Flurbereinigung und Dorferneuerung in ihrem Stellenbestand nahezu unverändert erhalten. Mit der neuen Organisationsform werde die Erfolgsgeschichte der GLL fortgeschrieben, betonte Grotelüschen. Neben der Streichung von 350 Stellen in der Vermessungs- und Katasterverwaltung als Teil der GLL wird auch bei den Regierungsvertretungen sowie bei der Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern Personal eingespart. Unter weitgehendem Verzicht auf hoheitliche Aufgaben werden die Regierungsvertretungen künftig auf die Standorte Lüne-

burg, Braunschweig und Oldenburg konzentriert. Zum 1. Januar 2011 werden die Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde Niedersachsen sowie das Grenzdurchgangslager Friedland aufgelöst und in eine gemeinsame Landesaufnahmebehörde überführt. Asylbewerber werden damit künftig in Braunschweig, Bramsche und Friedland zentral untergebracht. Der Standort Oldenburg wird aufgegeben.

(aus Rundblick Nr. 138, 03.08.2010)

Personen und Positionen



Die Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund, Staatssekretärin Dr. Martina Krogmann, soll Niedersachsen künftig als ordentliches Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) der EU vertreten. Sie übernimmt damit die Nachfolge ihres Amtsvorgängers, Wolfgang Gibowski, der im März in den Ruhestand getreten war. Benannt werden die Mitglieder des AdR vom Ministerrat der EU auf Vorschlag der Mitgliedsstaaten. In Deutschland haben die Ministerpräsidenten das materielle Vorschlagsrecht.

(aus Rundblick Nr. 153, 24.08.2010)

20 Millionen Euro für Weiterbildung Land finanziert berufliche Qualifikation

Hannover. (cz). Die Landesregierung stellt für die Weiterbildung von Beschäftigten und Selbstständigen in mittelständischen Unternehmen bis Ende 2013 erneut mehr als 20 Millionen Euro bereit. Das gab am 2. Juli Niedersachsens Wirtschafts- und Arbeitsminister Jörg Bode zum Auftakt der neuen Projektphase des Förderprogramms „Individuelle Weiterbildung in Niedersachsen“ (IWiN) bekannt. Das Geld stamme aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes.

Ab sofort könnten kleine und mittlere Unternehmen für Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung jährlich Fördermittel in Höhe von bis zu 5000 Euro im Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg und bis

zu 4000 Euro in den übrigen Regionen Niedersachsens erhalten, teilte der aus Celle stammende Minister mit.

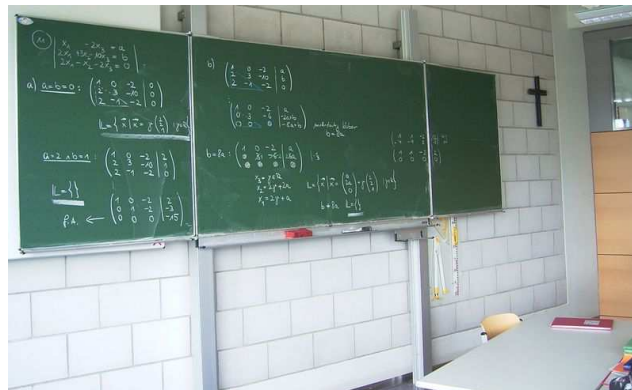
Im Rahmen von IWiN konnten in der laufenden EU-Förderperiode 2007 bis 2013 bereits 16800 individuelle Weiterbildungen für Beschäftigte und Selbstständige gefördert werden.

„Der große Erfolg des Förderprogramms geht vor allem auf die intensive betriebsnahe Beratung durch die Regionalen Anlaufstellen zurück. Dieses einmalige Beratungsnetz ist ein besonderer Verdienst der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern und der Osterholzer Pro Arbeit GmbH“, dankte Bode den Trägern der Regionalen Anlaufstellen.

www.iwin-niedersachsen.de

(Cellesche Zeitung, 01.07.2010)

Niedersachsen bei Bildung im Mittelfeld



(Foto: -Lizenz Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported; Urheber: Stefan-Xp; Quelle: Wikimedia Commons).

Das Bildungssystem in Niedersachsen ist aus Sicht des Instituts der deutschen Wirtschaft gutes Mittelmaß. Beim Bildungsmonitor der Bundesländer belegt Niedersachsen Rang sechs im Vergleich der 16 Länder. In den Vorjahren war das Land auf Position fünf gelandet. Bei den meisten Aspekten schneidet Niedersachsen durchschnittlich ab. Stark ist es bei der internationalen Hochschulkooperation. Studenten machen schneller ihren Abschluss als anderswo, vergleichsweise weniger Lehrlinge schmeißen die Ausbildung. Auf einen Lehrer kommen aber relativ viele Schüler.

(HAZ, 20.08.2010)

Althusmann beruhigt Eltern Abschulung frühestens nach Klasse 6

„Für die Eltern gibt es keinen Grund zur Sorge.“ Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) hat am Donnerstag (19.08.2010) noch einmal klargestellt, dass es auch künftig keine Zwangsabschulung nach der 5. Klasse geben wird. „Gesetzliche Änderungen sind nicht vorgesehen.“ Der 5. und 6. Jahrgang werde als pädagogische Einheit gesehen. Schulwechsel gegen den Willen der Eltern seien frühestens nach der 6. Klasse möglich. Kinder, die entgegen ihrer Laufbahempfehlung das Gymnasium oder die Realschule besuchen und nach der 6. Klasse nicht versetzt werden, müssen die Schule verlassen, wenn die

Klassenkonferenz dies mit einer Zweidrittelmehrheit beschließt.

Geprüft werden soll allerdings nach Angaben des Ministers, wie Kinder in der 5. und 6. Klasse besser gefördert werden können. Ob dies beispielsweise mithilfe von zusätzlichen Förderstunden, kleineren Lerngruppen oder dem Zweilehrerprinzip geschehen soll, ist noch unklar. „Darüber wird der Kultusausschuss in seiner nächsten Sitzung beraten“, sagte CDU-Fraktionsvize Karl-Heinz Klare. Die Regierungsfaktionen hatten in einem Antrag mehr Spielraum für die Schulen gefordert, um frühzeitig nachzusteuern. Die Opposition hatte darin einen Angriff auf den freien Elternwillen gesehen.

Die FDP hatte schon Ende 2009 einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, als sie forderte, die Laufbahneempfehlungen nach der 4. Klasse verbindlicher zu machen und Aufnahmetests an den weiterführenden Schulen einzuführen, falls sich Grundschullehrer und Eltern nicht einigen könnten. „Dazu stehen wir auch weiterhin“, sagte der schulpolitische Sprecher Björn Försterling. Wichtig sei es, Kindern drei Jahre Schulfrust zu ersparen, wenn sie überfordert würden. Frauke Heiligenstedt (SPD) sagte, für das Tohuwabohu, das derzeit zwischen den Regierungsfaktionen und dem Kultusministerium herrsche, sei die Koalition selbst verantwortlich.

Auch der Verband Bildung und Erziehung trat vehement für den Erhalt des freien Elternwillens ein. Vorsitzende Gitta Franke-Zöllmer schlug zudem vier zusätzliche Pflichtstunden für die Viertklässler vor, um diese besser zu fördern, und eine Umstrukturierung des Gymnasiums. „Das ist nicht geplant“, sagte eine Ministeriumssprecherin.
(HAZ, S. Döhner, 20.08.2010)

Doppelter Abiturjahrgang: Land ist vorbereitet

Jeder der rund 100 000 jungen Menschen, die im kommenden Sommer die Schulen des Landes verlassen werden, hat die Chance auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz in Niedersachsen. Das hat Ministerpräsident David McAllister am Donnerstag in Hannover versprochen. Gemeinsam mit Kultusminister Dr. Bernd Althusmann stellte er eine neue Broschüre zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in Niedersachsen für den sogenannten doppelten Abiturjahrgang vor, der auf rund 50 000 geschätzt wird: Im Juni kommenden Jahres werden die ersten Abiturienten nach zwölf Jahren gemeinsam mit dem letzten Jahrgang, der nach 13 Jahren Abitur macht, in Ausbildung und Studium strömen – zusätzlich zu den übrigen Absolventen der weiterführenden Schulen. Niedersachsen ist gut vorbereitet, sagt die Landesregierung. „Wir haben in Absprache mit den Hochschulen und unseren Partnern der ausbildenden Wirtschaft frühzeitig Vorsorge für 2011 getroffen“, betonte der Ministerpräsident: In den vergangenen Jahren wurden 11 200 zusätzliche Studienanfängerplätze

geschaffen. In den kommenden fünf Jahren sollen mehr als 35 000 hinzukommen. Die Kapazitäten an den berufsbildenden Schulen sind sichergestellt, die Lehrer werden verstärkt in Studien- und Berufswahl geschult. Die ausbildende Wirtschaft hat im Zuge des Ausbildungs Paktes und des Niedersächsischen Aktionsplans zur Verbesserung von Studien- und Ausbildungschancen zugesichert, ein ausreichendes Angebot für die Jahre 2011 und 2012 zur Verfügung zu stellen. Die Bundesagentur für Arbeit bietet in Niedersachsen spezielle Angebote und Verfahren zur Berufs- und Studienorientierung an. In diesem Schuljahr gehe es darum, „einem starken Jahrgang starke Angebote zu machen“ und einen Verdrängungswettbewerb durch die Vielzahl von Abiturienten auf dem Ausbildungsmarkt zu verhindern. „Wir brauchen alle jungen Menschen in unserem Land“, sagte McAllister. Die Broschüre „Ein starker Jahrgang“ wird in den kommenden Tagen an alle rund 1500 weiterführenden Schulen in Niedersachsen verschickt und steht auch im Internet unter www.mk.niedersachsen.de zur Verfügung.

(aus Rundblick Nr. 141, 06.08.2010)

Google-Street-View: Datensammlung ohne Grundlage



(Foto: -Lizenz Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic; Urheber: 63mg; Quelle: Wikimedia Commons).

"Es ist schade, dass es immer noch an geeigneten Rechtsgrundlagen fehlt, die Tätigkeit von Datensammeldiensten, wie z.B. Google-Street-View, einzuschränken und zu überwachen. Daher halten wir den Start von Google-Street-View für verfrüht. Dies zeigen auch die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, die in den Städten und Gemeinden eingehen", erklärte der Pressesprecher und für Datenschutz zuständige Beigeordnete des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Thorsten Bullerdiek, in Hannover. "Auch wenn seitens der Verbraucherministerin und des Hamburger Datenschutzbeauftragten mit Google verhandelt wurde, ersetzt dieses nicht die Tätigkeit des Bundestages, der hier einen eindeutigen Rechtsrahmen setzen muss. Wir haben zudem erhebliche Bedenken hinsichtlich einer flächendeckenden Darstellung aller Straßen und Gebäude in Internetdiensten ohne Einwilligung der Mieter, Grundeigentümer und weiterer betroffener Personen. Bevor entsprechende Veröf-

fentlichungen erfolgen, sollte zwingend das Einverständnis der Betroffenen eingeholt werden", so Bullerdiek.

Der Städte- und Gemeindebund spricht sich zudem dafür aus, dass die Darstellung öffentlicher Gebäude, ganzer Straßenzüge, Ortschaften und Gemeindegebiete im Internet und auf allgemein zugänglichen Datenträgern und Medien zudem einer Genehmigungspflicht unterliegen sollte. "Wir hoffen, dass nun der Bundestag den Start von Google-Street-View zum Anlass nimmt, schnellstens eine geeignete Rechtsgrundlage zu schaffen", ergänzte Bullerdiek.

(NSGB 21/2010 vom 10.08.2010)

Eigenkapital: Die Sparkassen stellen neues Eigenkapital für Unternehmen zur Verfügung

Gemeinsam mit den Landesbanken werden dafür über ihre Beteiligungsgesellschaften 550 Millionen Euro bereitgestellt. Einzelheiten unter www.sparkasse.de/eigenkapital-mittelstand.
(17/V/3 - Rb 02/10 - 029)

Niedersachsen und Region

Geringe Arbeitslosigkeit in Niedersachsen und im Landkreis Stade ist auch Erfolg der Union

Die Bundesagentur für Arbeit hat heute die aktuellen Arbeitsmarktdaten vorgestellt. Die beiden Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke freuen sich über die sehr guten Zahlen für Niedersachsen und den Landkreis Stade. „In keinem August der vergangenen 18 Jahre hatte Niedersachsen weniger Arbeitslose als in diesem Monat“, so Helmut Dammann-Tamke. Auch bei uns sind die Zahlen deutlich zurückgegangen. „Wir sind froh wie gut sich die Region entwickelt. Es ist eine hervorragende Meldung, dass die Arbeitslosenquote im Landkreis gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent auf jetzt 7,0 Prozent gesunken ist und damit unter dem Landesdurchschnitt von 7,4 Prozent liegt. Das ist ein riesen Erfolg nach der Finanz- und Wirtschaftskrise“, erklärt Kai Seefried. Helmut Dammann-Tamke ergänzt: „Das Konjunkturprogramm und das Regierungshandeln der Union in Land und Bund zeigen damit ihre Wirkung. Deutlich wird dies auch daran, dass in keinem westdeutschen Bundesland ein so hoher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen ist wie in Niedersachsen.“

Der Bestand der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat sank in unserer Region um 3,4 Prozent. Die aktuelle Entwicklung halten die beiden Abgeordneten für einen tollen Erfolg, betonen aber auch, dass die niedrigeren Arbeitslosenzahlen kein Grund sind um sich darauf auszuruhen. Beide erklären, dass sie als Abgeordnete der regierungstragenden Fraktionen gemeinsam mit der Landesregierung in Hannover weiterhin alles tun werden, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in unserem Land und unserer Region weiter zu verbessern und den Arbeitsmarkt zu beleben. Dazu gehören zum Beispiel die Eröffnung des CFK-Nord im September und die weitere Forderung nach einem schnellen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Facettenreiches Praktikum bei Kai Seefried



In der Zeit vom 9.-19. August absolvierte der Stader Gymnasiast Ruven Appelkamp ein Abgeordnetenpraktikum bei Kai Seefried. Im folgenden Bericht schildert er seine Erfahrungen und Eindrücke während des Praktikums:

Der Landtagsabgeordnete Kai Seefried ermöglichte mir, in der Zeit vom 9.08. bis 19.08.2011 ein Praktikum bei ihm zu absolvieren. Das Praktikum gab mir einen sehr guten Einblick in das Leben eines Abgeordneten. Überrascht hat mich der Facettenreichtum des Abgeordnetenlebens. Nicht nur die Arbeit im Plenum des Hannoverschen Landtags ist zentraler Bestandteil der Tätigkeiten. Der Alltag eines Abgeordneten, so kann ich nun sagen, ist deutlich vielfältiger. Neben der Plenumsarbeit und der Arbeit in den Arbeitskreisen und Ausschüssen, sind zum Beispiel Termine im Wahlkreis sehr wichtig. Dies können Gespräche mit bestimmten Institutionen oder Betrieben vor Ort sein, wie Schulen, aber auch Einweihungen oder Jubiläen. Auch Pressetermine sind äußerst wichtig, um den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zur Landespolitik zu geben. Auch die Parteiarbeit ist ein großer Part im Leben des Abgeordneten, bei der sich der Abgeordnete mit den verschiedenen Ortsverbänden und -vorständen trifft, um regionale Themen zu besprechen. Abschließend macht natürlich auch die Büroarbeit einen nennenswerten Teil im

Alltag eines MdL aus. Manchmal ist die Fülle der zu beantwortenden Mails nahezu erdrückend, aber selbstverständlich muss der Landtagsabgeordnete sich auch hier die Zeit nehmen, alles gebührend zu beantworten. Sehr gefreut hat mich, dass ich während meines Praktikums das Gefühl hatte, Politik hautnah zu erleben. Kai Seefried hat mich zu jeder Veranstaltung mitgenommen, zu der es irgendwie möglich war und so habe ich die Vielfältigkeit der politischen Arbeit mitbekommen. Teilweise waren die Arbeitstage sehr lang (7:00 Uhr - 22:30 Uhr), was mir natürlich auch bewusst gemacht hat, dass das Leben eines Abgeordneten keineswegs, wie stets vermutet, so leicht genommen werden kann. Überhaupt sieht man den Klischee belasteten Beruf des Politikers im Anschluss an das Praktikum in einer anderen Dimension. Natürlich hat das Praktikum mich nicht nur, was den Ablauf und die Struktur des Abgeordnetenlebens angeht, weitergebildet. Auch der inhaltliche Aspekt war für mich sehr interessant. Während des Praktikums bekam ich vor allem einen guten Überblick über regionale wie landesweite Schulpolitik, aber auch über andere aktuelle Themen, wie zum Beispiel die Energieversorgung. Mein persönliches Highlight war ein Besuch im Gästehaus der Landesregierung, wo der JU-Vorstand alle CDU-Minister und den Ministerpräsidenten getroffen hat und sich alle über aktuelle Themen austauschten. Allen Interessierten kann ich nur empfehlen, auch die Chance zu nutzen und ein Praktikum zu nutzen, um sich selbst Einblick in das harte, aber höchst interessante Abgeordnetenleben zu verschaffen.

Maritime Wirtschaft in Niedersachsen steht gut da

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 17. August einen Antrag zur zukunftsfähigen Gestaltung der maritimen Wirtschaft diskutiert.

„Die SPD kommt mit ihrem Antrag wie immer zu spät“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried. „Wir haben bereits im Mai 2009 einen Entschließungsantrag zu den neuen Chancen in der maritimen Wirtschaft eingebracht und unsere norddeutschen Positionen der Bundesregierung kurz nach der Bundestagswahl vorgetragen.“ Die Forderungen des aktuellen Antrages sind bereits in unserem Antrag erfasst oder durch vorausschauendes Handeln der Landesregierung erledigt.

„Die maritime Wirtschaft in Niedersachsen muss nicht in der Krise zukunftsfähig gestaltet werden. Sie war bereits vor der Wirtschaftskrise ein starker und dynamischer Wirtschaftszweig und steht trotz der Wirtschaftskrise gut da“, betonte Kai Seefried. Das zeigt vor allem die positive Halbjahresbilanz der niedersächsischen Seehäfen. Zudem ist Niedersachsen Schifffahland Nummer 1 in Deutschland.

„Ziel ist es, dass dieser wichtige Wirtschaftsbereich weiter gestärkt, ausgebaut, seine Chancen genutzt werden und damit unser Land zielgerichtet weiter entwickelt wird“, so der Abgeordnete abschließend.

Hamburg muss Zusagen zur A26 einhalten – Hajduk muss sich erklären



Auf völliges Unverständnis in Niedersachsen sind die Aussagen der Hamburger Behördensprecherin für Stadtentwicklung und Umwelt gestoßen. Wie kann Hamburg sich jetzt von dem Zeitplan der Fertigstellung der A26 verabschieden? Wenn Hamburg das Planfeststellungsverfahren erst Mitte 2011 einleiten will, werden die Auswirkungen in der Metropolregion Hamburg katastrophal sein. Wie soll man sich in Niedersachsen auf jahrelange Aussagen verlassen, wenn in Hamburg klammheimlich auf die Bremse getreten wird. Kai Seefried, MdL (CDU) „Weitere Verzögerungen sind niemandem mehr zu erklären und bedeuten hohe wirtschaftliche Verluste. Niedersachsen und Hamburg müssen jetzt gemeinsam Tempo machen, dabei darf nicht einseitig gebremst werden.“ Niedersachsen plant und baut mit Hochdruck die A26 und Hamburg verschiebt ohne Grund die zügige Abwicklung. Es ist für den Süderelberaum, eine ausgesprochen wichtige Region in Hamburgs Süden, nicht hinnehmbar, dass eine Rumpfautobahn an der Landesgrenze endet. „Wie will man den Bürgern erklären, dass Millionen ausgegeben werden und an der Ausfahrt Rübke wird der Autofahrer wieder auf das Nadelöhr B73 oder durch Rübke auf den Obstmarschenweg verwiesen“, fragt sich Norbert Böhlke, MdL (CDU). Heiner Schönecke, MdL (CDU): „Wenn der Bund über 115 Millionen Euro für den Bau des vierten Abschnittes jetzt bereitstellt, dann können wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag mit dem Baubeginn warten.“ „Es ist an der Zeit, dass Frau Hajduk sich deutlich äußert und sich persönlich dafür einsetzt, dass auch dieser Teil der Koalitionsvereinbarung umgesetzt wird. Die niedersächsischen Landesbehörden haben gezeigt, dass sie bereit sind die Anschlussstelle Rübke im Sinne der Bürger zu lösen. Auch der Weiterbau der B3-neu bis an die B3 kann zügig umgesetzt werden“, erklärt Helmut Dammann-Tamke, MdL (CDU) abschließend.

Bau des Staatsarchivs abgesichert

Nachdem bereits im letzten Jahr in einer Vereinbarung zwischen Niedersachsen und Hamburg der Neubau eines gemeinsamen Staatsarchivs der beiden Bundesländer in Stade geregelt wurde, schien das Projekt aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Realisierung gefährdet. Der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried, der sich bereits in der Vergangenheit für dieses Projektes eingesetzt hatte, erhielt in einem persönlichen Gespräch mit Ministerpräsident McAllister jetzt die Nachricht, dass das mit 22 Millionen dotierte Projekt abgesichert ist. Kai Seefried betonte nochmals die Wichtigkeit dieses Projektes auch für die Zusam-

menarbeit Niedersachsens und Hamburgs und als positives Signal für die Metropolregion. Auch für die Hansestadt Stade ist das Projekt von größter Wichtigkeit, so soll der Standort des jetzigen Staatsarchivs für eine weitere städtebauliche Entwicklung genutzt werden und der Neubau ist zentraler Bestandteil der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes. Da die Fördermittel für die Sanierung und Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes nur noch bis 2013 zur Verfügung stehen, war es wichtig ein schnelles und deutliches Signal zum Bau des Staatsarchivs zu erhalten. Kai Seefried freut sich, dass die Landesregierung dieses Zeichen so deutlich gegeben hat und damit weiteren Entwicklungen in Stade nichts mehr im Wege steht.

Aus dem Leineschloss

Diese Plenarwoche zeichnete sich durch viele markante Zitate aus:

„Wir führen eine Debatte darum, ob wir eine Debatte führen wollen“

Ursula Helmhold (Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen) nach der Aufforderung der Parlamentsvizepräsidentin bei der Begründung eines Geschäftsordnungsantrages der Grünen nicht zur Sache selbst zu sprechen

„Wir werden uns bewegen, nur in welche Richtung ist noch nicht ganz klar“

Karl-Ludwig von Danwitz (schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) zum Thema Schulreform/Gesamtschulen

„So stark, wie uns die Krise getroffen hat, so geht es jetzt auch wieder bergauf“

David McAllister über die unerwartet dynamische Konjunktur

Gespräche und Initiativen für die Region



Helmut Dammann-Tamke

Museum Harsefeld

Ministerfrühstück mit Jörg Bode

Besuch mit Minister Bode bei der Fa. Dammann in Hedendorf

Besuch der Fa. NSB in Buxtehude mit MdB Rehberg

Harsefeld – Tag in den Landesforsten bei Dr. O. Fricke

Kai Seefried

Besuch des Technik- und Verkehrsmuseums Stade

Gespräch mit der Landesschulbehörde zum Thema IGS Fredenbeck

Treffen des JU-Landesvorstandes mit den CDU-Ministern der Niedersächsischen Landesregierung

Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium zur A26

Abend des Ehrenamtes in Fredenbeck

Gemeinsame Termine

Landesparteitag in Lingen

Hier können Sie uns treffen

Helmut Dammann-Tamke

1. Apfelsaisonöffnung

Wo: *Obsthof Schuback, Westerjork 81, 21635 Jork*

Wann: *03.09.2010, 10.00 - 12.00 Uhr*

25 Jahre Heimatverein Harsefeld

Wo: *Harsefeld*

Wann: *04.09.2010, 10.30 Uhr*

Renntag der Landwirtschaft

Wo: *Neue Bult Hannover*

Wann: *11.09.2010, 11.30 Uhr*

Kai Seefried

Gewerbeschau Himmelpforten und Oldendorf

Wo: *Eulsete-Halle, Himmelpforten*

Wann: *04.09.2010, 12.30 Uhr*

„Zeitreise“ 50 Jahre Dow in Deutschland

Wo: *Dow-Werksgeleände, Stade-Bützfleth*

Wann: *12.09.2010, 11.00 Uhr*

Sportlerehrung der Gemeinde Drochtersen

Wo: *Kulturscheune am Rathaus, Drochtersen*

Wann: *14.09.2010, 18.00 Uhr*

Zum Schluss

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Hier sind wir gerne für Sie erreichbar:

Wahlkreisbüro

Helmut Dammann-Tamke

Horner Bogen 11

21640 Horneburg

Tel. 0 41 63 / 808 68 33

Fax. 0 41 63 / 808 68 32

wahlkreisbuero@dammann-tamke.de

www.dammann-tamke.de

IMPRESSUM

Wahlkreisbüro

Helmut Dammann-Tamke

Horner Bogen 11

21640 Horneburg

wahlkreisbuero@dammann-tamke.de

Wahlkreisbüro

Kai Seefried

Johann-Grodtmann-Straße 31

21706 Drochtersen

mail@kai-seefried.de